

REDE EDVARD KARDELJS
 VOR DEM JUGOSLAWISCHEN BUNDES-VOLKSPARLAMENT
 AM 7. DEZEMBER 1956

Genossen Abgeordnete,

Zur Diskussion über die aktuellen Fragen unserer Wirtschaftspolitik möchte ich auf den politischen Aspekt dieser Fragen hinweisen. In der Diskussion über die Wirtschaftspläne vergisst man manchmal die politischen Aspekte, die Entwicklung unseres Wirtschaftssystems und den weiteren sozialistischen Fortschritt in den Beziehungen unter den Menschen. Führe man mit diesem Fehler fort, so könnte er sehr schädliche Folgen haben. Vom Charakter unserer Wirtschaftspolitik hängt auch die Entwicklung unseres politischen Systems, der sozialistischen Demokratie in unserem Lande ab. Und von dem Fortschritt auf diesem Gebiet hängen auch die innere Stabilität unserer ganzen Gesellschaft und ihrer ungestörten sozialistischen Entwicklung in höchstem Masse ab.

I

Jeder weiss, dass es unmöglich ist, eine sehr angespannte Wirtschaftspolitik zu führen, die von der gesamten Bevölkerung sehr grosse Anstrengungen erfordert und zugleich einen ununterbrochenen Fortschritt des Demokratismus im gesellschaftlichen und politischen System zu garantieren. Es ist zum Beispiel klar, dass man nicht von einem vollen schöpferischen Schwung der Arbeiterräte und der Kommunen sprechen kann, wenn ihre materielle Basis auf ein Minimum beschränkt ist

Vielleicht haben wir in der Vergangenheit diese gegenseitige Abhängigkeit der wirtschaftlichen und der politischen Faktoren zu wenig berücksichtigt. Hierzu haben uns objektive Schwierigkeiten gedrängt, besonders die schwere internationale Lage, in der wir uns befanden, aber auch die mangelnde Erfahrung einer jungen Gesellschaft wie es die unsrige ist. Würden wir aber auch nach vielen eigenen und fremden Erfahrungen noch in diese Fehler verfallen, dann könnten wir sie mit nichts rechtfertigen.

Wir haben grundsätzlich und praktisch schon seit langem mit den stalinistischen Thesen gebrochen, dass es für die Entwicklung des Sozialismus ausreiche, wenn die kommunistische Partei an der Macht sei und dann über einen staatspolitischen und Planapparat "den Sozialismus aufbaue", also Fabriken errichte, die Wirtschaftsproduktion kollektivisiere und die Löhne festlege, und all das im Namen ihrer führenden Rolle. Für uns bedeutet der Begriff Aufbau des Sozialismus nach Wesen und Form etwas weit Höheres und etwas viel Komplizierteres, was nur zum Teil vom subjektiven Wollen der führenden Kräfte abhängt. Für diese Auffassungen hat man uns in der Vergangenheit viel angegriffen. Die letzten Ereignisse in Ungarn sind jedoch eine weitere Mahnung für jeden, der nicht bereit ist, mit Tatsachen als mit Tatsachen zu rechnen, und der glaubt, dass mit dem Sieg der Revolution oder mit der Machtübernahme einer kommunistischen Partei in einem solchen Falle die objektiven Gesellschaftsgesetze zu gelten aufhörten. Sie werden sich vielmehr an jedem rächen, der versucht, sie zu ignorieren.

Die echte führende Gesellschaftsrolle der kommunistischen Partei lässt sich nicht auf dem Gesetzeswege dekretieren. Die Partei kann wirklich führend sein, das heisst der fortschrittlichste Gesellschaftsfaktor, aber nur dann, wenn sie in der Tat auf der Linie der objektiven Gesellschaftsgesetze wirkt. Und da diese Gesetze durch die Menschen, durch die Gesellschaftsklassen wirken, muss die kommunistische Partei oder jede beliebige andere führende organisierte sozialistische Kraft im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus so aufgebaut sein, dass durch sie und über den gesamten Gesellschaftsmechanismus die fortschrittlichsten sozialistischen Tendenzen zum Tragen kommen, und dass sie sich mit der Entwicklung der sozialistischen Verhältnisse auch selbst ändert. Wenn eine Partei das nicht begreift, dann kann sie sich noch so sehr in ihre kommunistische Brust werfen und mit Marxismus-Leninismus sich aufspielen und sich dabei auf ihre historische führende Rolle berufen, sie wird doch die Rolle eines Hemmschuhs für die sozialistische Entwicklung spielen. Sie kann sogar reaktionär werden, wenn sie hartnäckig auf diesem Wege weiterschreitet. Anzunehmen dass eine Partei schon dadurch, dass sie sich als kommunistisch bezeichnet, den fortschrittlichen und demokratischen Charakter ihrer Herrschaft sicherstelle, das ist ein schwerer antimarxistischer Irrtum. Das hat sich in Ungarn deutlich gezeigt. Dort hat ein antidemokratisches System einer bürokratischen Despotie jahrelang gegen den Willen der Werktätigen die eigenmächtige Politik einer Clique geführt. Das hat

schliesslich zur bewaffneten Aktion geführt, in der die Hauptkraft die Arbeiterklasse war, also gerade jene Klasse, die allein Träger der sozialistischen Umgestaltung in der ungarischen Gesellschaft sein kann. Es ist dabei nicht das Wichtigste, wer alles diesem Revolte der Arbeiterklasse ausgenützt hat, und welchen Parolen die Arbeiterklasse auf den Leim gegangen ist, als sie sich elementär gegen etwas erhob, das gesellschaftlich unerträglich und reaktionär geworden war. Viel wichtiger ist die Feststellung, dass ein politisches System im Namen des Sozialismus praktisch in dem Masse zu einem Hemmschuh für die weitere sozialistische Entwicklung geworden ist, dass es die Arbeiterklasse, also die Hauptkraft der sozialistischen Entwicklung, zum bewaffneten Widerstand herausrufen musste, eben weil diese Klasse auf keinem anderen Wege ihrem Willen Ausdruck verleihen konnte.

Die Ereignisse in Ungarn sind die Tragödie der modernen sozialistischen Bewegung, aber sie sind ebenso und in noch höherem Masse eine Lehre und ein Ansporn für den internationalen Sozialismus. Sie sind vor allem ein Ansporn für alle jene fortschrittlichen sozialistischen Bestrebungen, die in den Auffassungen zum Ausdruck kommen, dass sich das politische System des sozialistischen Staates der Übergangszeit so entwickeln muss, dass die fortschrittlichsten materiellen und geistigen Entwicklungen der Werktätigen, deren Bewusstsein sich bereits unter den Bedingungen des Gesellschaftseigentums an den Produktionsmitteln heranbildet, dass dieses Bewusstsein täglich Ausdruck finden und in Richtung auf eine ständige Änderung der veralteten Formen wirken kann. Das ist der Sinn der Forderung nach Demokratisierung, die man heute in vielen Ländern, die sich auf dem Wege der sozialistischen Entwicklung befinden, als Hauptforderung hört.

In einem Land mit einer komplizierten inneren Sozialstruktur können vorübergehend revolutionäre politische Einschränkungen bestehen, nicht aber können sie bestehen für die freie Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftskräfte, denn dann werden sie zum bürokratischen Despotismus. Zu einer immer stärkeren Bestätigung des Staates in den Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen eines sozialistischen Landes Zuflucht zu nehmen, ist selbstverständlich nicht der Weg zu einer vollen Befreiung der sozialistischen Kräfte. Man darf nicht vergessen, dass von einem fertigen sozialistischen System und erst recht nicht vom Kommunismus die Rede sein kann,

so lange der Staat als Werkzeug der Gewalt Hauptfaktor in den Wirtschaftsbeziehungen und in der Wirtschaftsentwicklung ist. Der Sozialismus muss letzten Endes frei gemacht werden von den bürokratischen Hemmnissen, damit er sich aus seinem inneren Impuls heraus entwickeln und erstarken und durch die Stabilität und die innere Kraft schon der gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse, durch grössere Produktivität und bewusste Initiative aller Volksschichten, die auf der Grundlage des Gesellschaftseigentums an den Produktionsmitteln organisiert sind, verteidigen kann. Gerade darum kann es ohne gleichzeitige Entwicklung spezifischer Formen in der Demokratie, die der sozialistischen Wirtschaftsbasis entsprechen, auch keinen Fortschritt des Sozialismus geben.

In Jugoslawien hat dieses Prinzip manchmal mit mehr und manchmal mit weniger Erfolg seine Anwendung auf immer breiterer Front gefunden und findet sie auch heute. Stalins damalige Kritik an unserer kommunistischen Partei, sie ertrinke in der Volksfront und in den Massen, war eigentlich eine Kritik an solchen demokratischen Tendenzen in unserer sozialistischen Entwicklung. Während jedoch der jugoslawische Sozialismus gerade dank der Förderung dieser Demokratie bei gleichzeitiger Ablehnung der pseudo-demokratischen Phrase, die die Gesellschaft in veraltete politische Formen zurückzerren will, erstarkt ist, hat gerade das Fehlen jeglicher Demokratie die Krise des ungarischen Sozialismus verursacht.

Die Ereignisse in Ungarn zeigen überdeutlich, welche Bedeutung gerade die Bereinigung dieser Fragen für die Weiterentwicklung des Sozialismus hat. Ausserdem weisen diese Ereignisse auch darauf hin, dass es auch für uns eine der unaufschiebbaren Aufgaben in der heutigen Zeit ist, nicht nur die im Augenblick brennenden wirtschaftlichen Fragen zu lösen, sondern diese Fragen so zu lösen, dass die schnellere Entwicklung unseres demokratischen Mechanismus gesichert wird.

Jetzt diskutiert man in der kommunistischen Presse darüber, ob einzelne Fehler der früheren Regierung oder das politische System an den revolutionären Ereignissen in Ungarn schuld seien. Nun offenbar hätte das Vorhandensein einzelner Fehler als solcher nicht zu einer so entschlossenen Reaktion der Massen geführt, wenn diese die Möglichkeit besessen hätten, ihre Wünsche auf Änderung der diskreditierten Politik der Führung und damit nach einer Abstellung der Fehler zum Ausdruck zu bringen. Wenn aber die sozialistischen Werktätigen

keine Möglichkeit besitzen, solchen Bestrebungen Ausdruck zu verleihen und die Fehler abzustellen, dann ist klar, dass es sich eben um das Vorhandensein eines bestimmten politischen Systems handelt, das die Massen von der Macht trennt. Ein solches System muss früher oder später zunächst zu einer Lösung der Führung vom Volke führen, sobald die Politik dieser Führung mit den elementaren Interessen der Werktätigen in Konflikt gerät, und dann zur Aktion dieser Massen gegen ein solches politisches System, das sie am Einfluss auf die Leitung der Geschäfte aus den Gesellschaftsverhältnissen hindert.

Es ist daher völlig klar, dass wir, wenn wir vom politischen System sprechen, weder an den Sozialismus noch an das leninsche Sowjetsystem denken, das so aufgebaut war, dass die Massen auf die Politik von Staat und Partei einwirken konnten. Unter politischem System verstehen wir in diesem Falle die Gesamtheit aller jener politischen Formen und Methoden, die die sozialistischen Werktätigen vom unmittelbaren Einwirken auf die Macht fernhalten und die bürokratischen Elemente in Partei und Staat stärken, indem sie ihnen Schritt für Schritt die einzelnen Handhaben der Macht übergeben, die damit zu etwas anderem degenerieren muss, als es die Macht der Arbeiterklasse ist. Gerade ein solcher Prozess hat in Ungarn zur Isolierung der kommunistischen Partei vom Volke und zur absoluten Eigenmacht einer Bürokratenklique geführt, die es sich überhaupt abgewöhnt hatte, die Bestrebungen und Wünsche der eigenen Arbeiterklasse und damit auch ihres eigenen Volkes zu berücksichtigen. Was wir als Marxisten nicht für einen Augenblick vergessen dürfen, ist, dass der Bürokratismus überhaupt, und die Wirtschaftstechnokratismus im besonderen, aus ihrer inneren Logik heraus in der Übergangszeit die Gesellschaft zwangsläufig zu einem solchen bürokratischen politischen System drängen, und wenn dieser Prozess, so weit sich ihm keine inneren sozialistischen Kräfte entgegenstellen, um sich greift, beginnt er, nicht nur einen Stalin, sondern auch die ungarischen Ereignisse hervorzubringen.

Heute ist das internationale Verhältnis der Gesellschaftskräfte so beschaffen, dass das weitere Schicksal des Sozialismus nicht mehr in solchem Masse durch die Verteidigung des Erreichten bestimmt wird, denn der Sozialismus ist nicht mehr eine eingekreiste Insel, sondern in erster Linie durch seine eigene Weiterentwicklung, durch die Weiterentwicklung des Sozialismus selbst. Der Sozialismus braucht keine leeren Lobgesänge auf alles, was in einem sozialistischen Lande und

unter den sozialistischen Ländern geleistet wurde. Der Sozialismus braucht vielmehr eine gesunde demokratische kritische Einstellung zu den eigenen Leistungen, er braucht den ununterdrückbaren und tiefen Wunsch nach immer besseren Lösungen, in erster Linie nach immer besseren Lösungen, was die Beziehungen unter den Menschen angeht. Das gesamte politische System des heutigen Sozialismus muss so aufgebaut sein, dass diese Tendenz und dieser Wunsch überall Ausdruck finden können. Und nur eine unaufhörliche Entwicklung der Massen kann solche progressiven Bestrebungen hervorbringen. Daher muss der Demokratismus unbedingt Bestandteil des Sozialismus sein. Gerade darum braucht der Sozialismus unbedingt eine offene marxistische Analyse der Ereignisse in Ungarn.

II.

Gegenwärtig sind in der sozialistischen Bewegung am häufigsten zwei Beurteilungen des bewaffneten Aufstandes in Ungarn zu hören, die jedoch gleichem Masse falsch und für die Weiterentwicklung des Sozialismus in der Welt schädlich sind. Die einen sagen, es handele sich hier um eine im Voraus organisierte Gegenrevolution, wobei bestimmte Fehler der früheren politischen Führung auch einen Teil der Massen auf die Seite der Gegenrevolution getrieben hätte. Die anderen behaupten, es handele sich hier um eine Revolution für Freiheit und nationale Unabhängigkeit, wobei der eine wie der andere Ausdruck abstrakt und nebelhaft bleibt, letzten Endes aber darauf hinauskommt, dass man unter Freiheit das Mehrparteiensystem der klassischen bürgerlichen Demokratie, und unter Unabhängigkeit die Rückkehr zu den alten Positionen des ungarischen Nationalismus versteht.

Aus der ersten Beurteilung zieht man den Schluss, man müsse die Gegenrevolution unterdrücken, bestimmte Fehler aus der Vergangenheit beseitigen, und das Problem sei gelöst, d.h. man könne auf dem alten erprobten Wege wieder weitermachen. Eine solche Meinung ist nicht nur ein grosser Fehler, sondern auch eine grosse Illusion. Eine solche Schlussfolgerung kann dazu dienen, das sozialistische Gewissen zu beruhigen, aber sie ist weit entfernt von einer Erkenntnis der wahren Ursachen und darum auch von echten Lösungen. Solche Auffassungen berücksichtigen sogar nicht einmal, dass der Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung des Sozialismus in Ungarn nach der Revolte der ungarischen Arbeiterklasse völlig anders ist, als er es

1945 war. Wenn man so an die Dinge herangeht, beseitigt man nicht die Ursachen, die zur ungarischen Tragödie geführt haben, sondern verschärft sie nur und häuft sie auf. Wer wirklich die echten Ursachen der heutigen Krise suchen und beleuchten will, der muss die tatsächlichen Ursachen dieser Krise auch suchen und beleuchten. Es handelt sich um zu grosse Dinge des Sozialismus, als dass diejenigen, denen die Sache des Sozialismus wirklich ein Herzensanliegen ist, die Augen vor den echten Tatsachen verschliessen dürften. Denn wenn die führenden Kräfte der sozialistischen Länder nicht genug Kraft in sich finden, den Evolutionsprozess einer Änderung bestimmter politischer Formen und Verhältnisse in der Gesellschaft, die den Weg des Sozialismus beschritten hat, sicherzustellen, dann wird es noch mehr politische Krisen geben.

Für den objektiven marxistischen Analytiker müssen sich auf Grund der ersten Beurteilung vor allem einige völlig praktische Fragen ergeben. Vor allem: wenn es sich um bestimmte "Fehler" der Clique Rakosi-Gerö handelt und nicht um das bürokratische System, das gegenüber der sozialistischen Entwicklung eine reaktionäre Rolle zu spielen begann, warum waren dann die ungarischen Werktätigen erst durch Anwendung von Gewalt und Waffen in der Lage, sich einer Politik zu widersetzen, die diese "Fehler" verursacht hat. Wie kommt es, dass die Stimmung der ungarischen Arbeiterklasse nicht auf normalem Wege über die entsprechenden Vertretungsorgane oder wenigstens über die Partei der Ungarischen Werktätigen zum Ausdruck kommen konnte, von der man behauptete, sie sei die fortschrittlichste Gruppe der Arbeiterklasse, während es sich gezeigt hat, dass sie jede Verbindung mit der Arbeiterklasse verloren hat? Und schliesslich, welcher Trost ist es für das sozialistische Gewissen wenn behauptet wird, die Arbeiterklasse sei 11 Jahre nach ihrem eigenen Sieg der Gegenrevolution auf den Leim gegangen? Selbst wenn man annimmt, dass dies stimmt, muss man doch fragen, ob man in diesem Fall den Stab über die Arbeiterklasse oder über das politische System brechen müsse, ein System das die Arbeiterklasse in die absurde Lage gebracht hat, gegen ihre eigenen historischen Interessen zu kämpfen.

Eine solche falsche Logik kann indessen nur zu dem absurden Schluss führen, der mit Sozialismus und erst recht mit Marxismus gar nichts mehr zu tun hat, nämlich dass eine Partei oder ein Staat den Sozialismus ohne die Arbeiterklasse oder sogar gegen deren Willen aufbauen könne.

In Wirklichkeit hat die ungarische Arbeiterklasse elementar aber dennoch sozialistisch gewirkt und nur sozialistisch. Sie stand zwar in den Konzeptionen des Staatssystems, der Demokratie und der parteipolitischen Verhältnisse in hohem Masse unter dem Einfluss verschiedener kleinbürgerlicher abstrakt-liberalistischer Phrasen, setzte sich aber zugleich fest für die Verteidigung des Gesellschaftseigentums an den Produktionsmitteln ein. Mehr noch, sie hat dieses Streben durch die Einführung der Arbeiterräte weiterentwickelt, indem sie es aus der Form des Staatseigentums zur konsequenten Form des Gesellschaftseigentums, also des Eigentums unter unmittelbarer demokratischer Verwaltung der Produzentengemeinschaft umwandelte. Kennzeichnend ist auch, dass sich die Werktätigen für einheitliche Arbeiterräte und deren Zusammenschluss nach oben aussprachen, um damit zu einem direkten Einfluss auf die zentrale Staatsmacht zu gelangen. Das schon, zeigt, dass die Arbeiterklasse Ungarns trotz ihrer ideologischen Verwirrung, in die sie durch die Umstände hineingeraten war, dennoch elementar aber den rechten Weg zur Macht gefunden hat.

Es ist selbstverständlich schwer, heute zu sagen, ob es der ungarischen Arbeiterklasse im weiteren Verlauf des Kampfes um die Macht gelungen wäre, diese Positionen in den Fabriken zu halten. Es besteht kein Zweifel, dass die wiederauferstandenen bürgerlich-reaktionären Kräfte, die zweifellos eine immer grössere Unterstützung aus dem Auslande gefunden hätten, versucht hätten, ihren Sieg zum Abschluss zu bringen. Ihr Kurs war in dieser Hinsicht klar. Die ideologische und politische Desorientierung der Arbeiterklasse haben diese reaktionären Kräfte in der ersten Phase dazu auszunützen versucht, wieder ein Machtfaktor im Lande zu werden. In dieser Phase haben sich diese reaktionären Kräfte, erst recht weil sie schwach waren, mit allgemeinen Phrasen über Freiheit und Demokratie zufrieden gegeben. Hätten sie aber einmal die Macht an sich gerissen, dann hätten sie aus der Logik der Dinge heraus wenigstens zu einer teilweisen Beseitigung des Gesellschaftseigentums an den Produktionsmitteln schreiten müssen, auf jeden Fall aber zu einer Begrenzung der Rolle und zu einer allmählichen Besetzung der Arbeiterräte.

Jedes Parteimonopol im Zentrum, mag es sich um eine oder um mehrere Parteien handeln, ist unvereinbar mit einer echten entscheidenden Rolle Massen der Produzenten in den Arbeiterräten in den Fabriken und in den Kommunen. Es besteht daher keinerlei Zweifel, dass das neue "Mehrparteiensystem"

in Ungarn sehr schnell mit den Arbeiterräten in Konflikt geraten wäre, so wie es auch heute mit jedem Versuch geschehen wird, das alte Monopol einer bürokratisierten Partei wieder einzuführen.

Es wäre daher ein grosser Fehler und eine Illusion anzunehmen, dass die revolutionären Konflikte in Ungarn mit der endgültigen Form der Regierung Nagy, wie sie am 4. November bestand, auf ein normales Geleise gekommen wären. Im Gegenteil, die Schlacht um die endgültige gesellschaftliche und politische Form Ungarns hatte damals erst begonnen, und niemand, es sei denn er wünscht sich etwas auszudenken, kann sagen, womit sie geendet hätte. Wahrscheinlicher ist jedenfalls, dass es den sozialistischen Kräften gelungen wäre, die sozialistische Wirtschaftsbasis der ungarischen Gesellschaft zu erhalten. Auf jeden Fall würde aber die Arbeiterklasse noch viel haben bluten und noch sehr viele Enttäuschungen erleben müssen, ehe sie in Kampf und Niederlage die Erfahrungen erworben hätte, die es ihr ermöglicht hätten, empirisch zu einem neuen demokratischen Mechanismus des sozialistischen Gesellschafts-systems zu gelangen. Aber auch eine ernste Niederlage der Arbeiterklasse und des Sozialismus und damit die Verwandlung Ungarns in das Objekt eines sehr gefährlichen internationalen Konfliktes liess sich nicht ausschliessen.

In diesem Lichte haben wir auch die zweite sowjetische Intervention in Ungarn betrachtet. Im Prinzip sind wir natürlich gegen jede ausländische Intervention gleichgültig was ihr Ausgangspunkt ist. Wir sind nicht nur dagegen, weil wir das Recht der Völker respektieren, selbst ihre inneren Gegensätze zu bereinigen, sondern auch deshalb, weil Interventionen, wenn es sich um eine Gesellschaftskrise handelt, niemals aus sich heraus die Probleme lösen. Sie können ihre endgültige Lösung nur für eine gewisse Zeit verschieben, verschärfen sie aber zugleich auch. In diesem Sinne kann auch die sowjetische Intervention in Ungarn aus sich heraus nichts für die Bereinigung der inneren Gegensätze leisten; sie wird aber auf jeden Fall die Dinge verschärfen und zu schwereren Auswirkungen führen, sollte sie zu einem Hemmnis in der Lösung der Probleme aus dem inneren politischen System werden, die unbedingt gelöst werden müssen, wenn man eine gesündere Entwicklung des Sozialismus in Ungarn garantieren will. Wir haben jedoch auch für möglich gehalten, dass die sowjetische Intervention unter den gegebenen Verhältnissen in Ungarn das geringere Übel ist, und zwar unter der Bedingung, dass sie ein weiteres Blutvergiessen abkürzt, aber die Errichtung einer Regierung und einer Politik in Ungarn gestattet, die auf Grund eines abgeänderten politischen Systems alle sozialistischen Kräfte sammelt und der Arbeiterklasse über die Arbeiterräte und sonstige ähnliche Organe der Arbeiterklasse

die Gewähr bietet wirklich den Einfluss auf die Staatspolitik zu erhalten, den sie früher nicht besessen hat. Damit wäre ein realer Ausgangspunkt für die Schaffung eines unabhängigen, sozialistischen und demokratischen Ungarn gegeben, das sich selbst gegen die Angriffe der reaktionären Kräfte verteidigen könnte und nicht zum Objekt internationaler politischer Konflikte würde. Nur solche positiven Auswirkungen könnten die sowjetische Intervention rechtfertigen. Treten diese Auswirkungen nicht ein, dann wird auch der Akt der Intervention selbst von der Geschichte verurteilt werden.

Diese unsere Haltung liegt jetzt unter einem Feuer von zwei Seiten. Die einen werfen uns im Namen des proletarischen Internationalismus vor, dass wir die sowjetische Intervention nicht vorbehaltlos unterstützen. Die anderen werfen uns im Namen des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der Demokratie vor, wir seien nicht ebenso vorbehaltlos gegen diese Intervention aufgetreten.

Wir sind jedoch der Ansicht, dass die sowjetische Intervention heute, da sich die ungarische Gesellschaft in einer so tiefen inneren Krise befindet, überhaupt keine entscheidende Rolle spielt. Diese Intervention ist nicht der Beginn der Sünde, sondern deren Folge. Daher kann sie aus sich heraus auch den ungarischen Sozialismus nicht aus der Krise herausholen, sondern kann nur noch mehr auf die Unhaltbarkeit der politischen Formen in Ungarn aus Rakosis und Gerös Zeiten hinweisen.

Im übrigen ist es meine persönliche Auffassung, dass nicht die Frage des Sozialismus die Hauptrolle bei der sowjetischen Intervention in Ungarn gespielt hat, sondern das Kräfteverhältnis in den bestehenden internationalen Beziehungen. Jeder verhältnismässig realistische Beobachter musste zu dem Schluss kommen, dass es in der heutigen internationalen Lage zwangsläufig in dem Augenblick zu einem sowjetischen Eingreifen kommen musste, da die innere Entwicklung in Ungarn die Voraussetzungen zu schaffen begann für die Intervention von anderer Seite oder für die Einrichtung westlicher politischer Stützpunkte in Ungarn. Eine solche Lage hätte das heutige Kräfteverhältnis in Europa stark gestört, sie hätte sehr ernste Störungen hervorgerufen, ja sogar den Frieden in Europa bedroht. Die verschiedenen

"Freien Europas" und ähnliche Institutionen, ja auch die verschiedenen nationalistischen Hitzköpfe in Ungarn selbst haben solche Befürchtungen eigentlich nur bestätigt. Es besteht kein Zweifel, dass sogar in unserer Haltung dieses Moment eine bestimmte Rolle spielen musste, und erst recht in der Haltung der Sowjetregierung.

So sehr wir daher über die sowjetische Intervention in Ungarn und ihre Folgen für den Sozialismus besorgt waren, so sind wir dennoch der Ansicht, sofern man vom Sozialismus spricht, dass das Schicksal des Sozialismus in Osteuropa heute nicht in der Entscheidung für oder gegen die sowjetische Intervention entschieden wird, einfach weil sie zum grössten Teil durch die bestehende internationale Lage bedingt war. Die Hauptfrage und die entscheidende Frage liegt eigentlich in etwas anderem, nämlich in der Frage, wie war es überhaupt nach 11 Jahren Macht, die sich dem Sozialismus verschworen hat, in einem verhältnismässig hoch entwickelten Lande mit einer starken Wirtschaftsbasis und einer starken Arbeiterklasse möglich, dass es zum bewaffneten Kampf dieser gleichen Klasse kam, und dass diese Revolte die Intervention eines anderen sozialistischen Landes gegen sich hervorrief. Man mag diesen Prozess taufen wie man will, Revolution oder Gegenrevolution, Tatsache bleibt, dass sich die Arbeiterklasse, und zwar in ihrer Mehrheit, denn wäre es nicht so gewesen, dann wäre aus dem Aufstand nichts geworden, gegen eine Macht erhob, die sich selbst als sozialistisch proklamierte? Ebenso richtig ist es, dass auch heute diese Arbeiterklasse alles beseitigt, was nach ihrer Ansicht diese Intervention mit sich bringt. Sie ist zweifellos der Ansicht, dass diese Intervention die Wiederherstellung des alten Systems und der alten Methoden mit sich bringt. Auf jeden Fall werfen diese Tatsachen ein bestimmtes Licht auf den gesellschaftlichen Charakter des politischen Systems von Rakosi und Gerö.

Die Kardinalfrage des heutigen Ungarn liegt daher eigentlich in der Tatsache, die heute in gewissen kommunistischen Parteien auf das Energischste bestritten wird, und das ist die Frage, über die man heute sprechen muss: Es geht um die Notwendigkeit grundlegender Änderungen im politischen System, nicht aber um einen Austausch von Menschen oder um die Richtigstellung einzelner Fehler. Erst wenn das erreicht wird, können die negativen Folgen der sowjetischen Intervention für den Sozialismus wesentlich verringert werden.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, haben wir es für unbedingt erforderlich gehalten, der Regierung Kadar politische Unterstützung zu gewähren, wobei wir erwarteten, oder hofften, dass diese Regierung fähig sei, und den Willen haben werde gerade den Kurs eines Zusammengehens mit der Arbeiterklasse einzuschlagen, also mit den Arbeiterräten sowie mit den anderen wahrhaft demokratischen und sozialistischen Strömungen in Ungarn, wobei die auch solche Elemente aus der früheren Regierung Imre Nagy aufnähme. Unter solchen Bedingungen könnte die Regierung Janos Kadar Ausgangspunkt einer sozialistischen demokratischen Konzeption werden, die sich in erster Linie auf die Arbeiterräte stützte, und damit zur Bildung einer selbständigen und genügend starken demokratischen, aber unbedingt auch sozialistischen inneren Kraft führen würde, die den Frieden wiederherstellen und das Vertrauen des Volkes gewinnen und die Bedingungen für den Rückzug der Sowjettruppen sowie für freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion schaffen könnte. Nur unter diesen Bedingungen kann die Regierung Janos Kadar ein fortschrittlicher subjektiver Faktor in der Beilegung der inneren Gesellschaftsgegensätze in Ungarn werden. Anderenfalls, das heisst wenn diese Regierung von einer solchen Orientierung abweicht, und gewisse Ereignisse der letzten Zeit, in erster Linie die Verletzung des jugoslawisch-ungarischen Abkommens über das Erlöschen des Asyls für die Gruppe um Imre Nagy und die Deportation dieser Gruppe nach Rumänien, geben Anlass zu einem ernststen Besorgnis, dass solche Tendenzen in Ungarn die Vorherrschaft erringen können, in diesem Falle wird auch diese einzige Möglichkeit verschüttet, und dem Sozialismus in Ungarn wird ein weiterer Schlag zugefügt. Eine solche Entwicklung würde einen gewöhnlichen bürgerlichen Nationalismus als wichtigste ideologische Triebkraft hervorbringen, und die Werktätigen selbst würden noch mehr nach rechts gedrängt.

Das sind also nach unserer Auffassung die Kardinalfragen, die über das Schicksal der Weiterentwicklung in Ungarn entscheiden. Erst in diesem Lichte kann auch die Rolle der sowjetischen Intervention als Ganzes eingeschätzt werden.

Was uns aber bei den letzten Ereignissen in Ungarn am meisten überrascht, das ist die Furcht der Kommunisten vor den Arbeiterräten. Lenin besass seinerzeit den Mut, die Losung auszugeben, "alle Macht den Sowjets", obgleich die Bolschewiki in den Sowjets nicht die Mehrheit hatten. Aber als Marxist

erwartete Lenin mit Recht, dass die Werktätigen, sobald sie die Verantwortung für die Macht übernommen hätten, in ihrem eigenen Interesse, also sozialistisch wirken müssten. Und er hat sich nicht getäuscht. In Ungarn besass niemand den Mut, eine solche Forderung aufzustellen, nicht einmal die Arbeiterräte selbst, die zu sehr unter dem Einfluss kleinbürgerlicher abstraktliberalistischer Lösungen standen. Wie sie aber auch immer beschaffen waren, trotzdem waren diese Arbeiterräte die einzige reale sozialistische Kraft, die sich wahrscheinlich schnell von fremden, antisozialistischen Einflüssen geheilt hätten, wenn sie die Hauptverantwortung für die Macht sowohl in den Fabriken als auch in den lokalen Selbstverwaltungsgemeinschaften und im Zentrum hätten übernehmen müssen. Da die Kommunisten in Ungarn nicht so an die Arbeiterräte herangegangen sind und auch nicht herangehen, sondern immer nur agitieren, man müsse mit der Arbeit beginnen, ohne aber von der Macht zu sprechen, drängen sie sie immer mehr unter den Einfluss kleinbürgerlicher und nationalistischer, pseudo-demokratischer Elemente und Phrasen.

So sind die Tatsachen. Vor ihnen die Augen zu verschliessen oder sie zu verschweigen, kommt weder dem Sozialismus, noch der Einheit der sozialistischen Kräfte zugute. Die Einschätzung der ungarischen Ereignisse als einer organisierten Gegenrevolution kann vielleicht daher manchen Leuten als ein künstliches Mittel dienen, das sozialistische Gewissen zu beruhigen, aber die inneren Probleme eines politischen Systems, das in Ungarn zu einer blutigen Tragödie geführt hat, zu lösen, das vermag eine solche Beurteilung nicht.

III.

Nach einer anderen Beurteilung der ungarischen Ereignisse ist alles nützlich und fortschrittlich, was sich mit dem Namen der Freiheit und der Demokratie schmückt. Auf der Strasse und in den verschiedenen intellektuellen Klubs wetteiferten die Phrasenscher, wer diese Parolen möglichst schnell zu einem anarchistischen destruktiven Absurdum führen würde, wobei sie vergassen, dass die Kanonade pseudo-freiheitlicher Phrasen in ihrer praktischen Auswirkung nichts anderes bedeutete, als in den Köpfen der Menschen ein Chaos zu schaffen, um dann echt konterrevolutionären, und zwar völlig praktischen Tendenzen auf

IV

It is in such an ideological atmosphere that the Hungarian Workers Councils too had been developing. As we saw they had been opposed by both the Rakossy-Stalinist elements and petty-bourgeois liberalism. They were not understood by the Communists either who condemned the Rakossy-Goero regime and separated themselves from it. For part of them the part which under the influence already of the old Stalinist dogmas had become accustomed not to have faith in the masses into the socialist consciousness of the working class and in the material indispensability of the working class to act in a socialist way it was inconceivable that the working masses could directly not through the Party exclusively or through its leadership participate and decide in the system of state authority. The Party of Hungarian Toilers, which for ten years ruled through a purely bureaucratic political and economic apparatus had disappeared and, by this simple fact, it could not be a real socialist factor. But even so its leaders merely changed the party's name in their attempt to convince the Hungarian workers that the problem was solved thereby. However the Hungarian workers had risen against the bureaucratic system and not against this or that name of a party which had built up such a system. Instead of making fruitless efforts along the line of restoring the Communist and other political parties to power, the progressive socialist forces in Hungary, during those revolutionary days, should in fact have fought for the victory of the principles of direct democracy through the affirmation of unified Workers Councils and self-governing communes as the mainstay of the new socialist state authority, because only in such democratic organs could the socialist forces have again experienced their own renaissance, to become reborn once more as a first-class political force in such organs of the revolution. However the Hungarian Communists were all too encumbered with petrified dogmas of the past to be capable of such a radical turn and no matter how paradoxical it may seem, it is true that the Communists had decided to pass to the classical bourgeois multi-party system even if this should have meant to leave Hungary to reactionary forces rather than renounce the illusion about their own mass party which the masses already had left because a party of such a type was to them the personification of bureaucratic despotism. In those days Hungary was in dire need of progressive fighters for socialism, but not of the Stalinist type and not organized in the old type political party, no matter under what new name it was coming forward. They should have been there where the working class was, namely within the ranks of the working class itself and

nationalistischen Tradition des 19. Jahrhunderts; wieder. Das war praktisch eine Kapitulation. Eine Kapitulation vor dem Stalinismus und eine Kapitulation vor der bürgerlichen Ordnung. Ein Eingeständnis völliger eigener Ohnmacht. In einem aber war diese Intelligenz dennoch konsequent; bis zum letzten Augenblick hielt sie die Arbeiterräte in der Isolation vor der tatsächlichen politischen Macht. Sie schuf in Ungarn alle möglichen pseudo-revolutionären Komitees und erkannte sie an, in keinem Augenblick aber proklamierte sie die Forderung, man müsse die Macht nicht den gescheiterten Parteien, nicht einer, nicht mehreren, geben, sondern einem Organismus, dessen Hauptstütze die Arbeiterräte und die örtlichen Selbstverwaltungsgemeinschaften, die sozialistischen Kommunen wären. In der allgemeinen ideologischen Verworrenheit der ungarischen Intelligenz gab es also dennoch eine gewisse Konsequenz. Aber diese Konsequenz zeigt, dass auch diese ungarische Intelligenz unter dem starken ideologischen Einfluss des Bürokratismus oder seiner materiellen und sozialen Interessen gehandelt hat.

In der ersten Phase forderte die ungarische Intelligenz Freiheit von Gerö, der es sich schon seit langem abgewöhnt hatte, die Menschen als bewusste selbständige Wesen anzusehen, und in der zweiten Phase erwartete sie sie von den wiederhergestellten bürgerlichen Parteien, deren "demokratische Tradition" aus der Vergangenheit ebenfalls sehr gut bekannt ist. In keiner Phase jedoch verstand sie es, auf die wahren Gesellschaftskräfte hinzuweisen, die echter Träger der Freiheit und der Demokratie sein könnten, wie ich es gesagt habe, nämlich auf die Arbeiterräte, die Kommunen und die anderen ähnlichen Formen des sozialistischen Demokratismus.

Ideologisch war diese Umwälzung hohl, eigentlich war sie nur ein am Rande liegendes und verzerrtes Echo der tiefen Bewegungen in der sozialistischen Gesellschaftsbasis. Dahor lief sie am Ende auf eine Masse von einander widersprechenden liberalistischen Parolen hinaus, von denen viele Phrasen und Illusionen geworden sind und andere eine Maske, unter der die verschiedenen antisozialistischen Programme verbreitet wurden. Unfähig, irgendetwas Schöpferisches zu leisten und neue Wege auf dem sozialistischen Boden zu bahnen, holten einige Kreise der ungarischen Intelligenz schliesslich aus den historischen Altertümern die alte bürgerliche politische Maschine und den alten ungarischen Nationalismus hervor, denn

nur das ist ihnen verblieben. Damit möchte ich natürlich nicht die positive Rolle unterschätzen die die fortschrittliche Intelligenz in Ungarn zu jener Zeit gespielt hat. Dies ändert indessen nichts an der Tatsache, dass letzten Endes doch die bürgerlichen ideologischen Einflüsse die Oberhand gewonnen haben. Die Tragödie der ungarischen Revolution liegt gerade darin, dass diese ideologisch unfruchtbaren Elemente durch die Macht der Umstände zur politischen Führung der Revolution geworden sind, da es keinerlei andere Führung gab. Noch katastrophaler aber ist es, dass sich in Ungarn keinerlei andere Kräfte und Zentren des sozialistischen Bewusstseins fanden, die der ungarischen Arbeiterklasse hätten eine andere Alternative bieten können und nicht nur ein Zurückfallen auf die Positionen des bürgerlichen politischen Systems oder des Stalinismus.

Unter solchen Verhältnissen wirkte die Arbeiterklasse elementar, dennoch wirkte sie als einzige sozialistische und wahrhaft demokratisch durch die Schaffung der Arbeiterräte mit dem Bestreben, diese zu einem einheitlichen System für das ganze Land zusammenzufassen. Damit hat die ungarische Arbeiterklasse alles getan, was ihr im Rahmen der unmittelbaren Praxis möglich war.

In ihrer mehr oder weniger elementaren Aktion kam dennoch die Tendenz klar zum Ausdruck, dass sich die Arbeiterklasse in der Form der Arbeiterräte und ihres Zusammenschlusses als Staat organisiert. Diese Tendenzen sind elementar aufgetreten sowohl aus den unmittelbaren Interessen der Arbeiter als auch aus der Notwendigkeit der ungarischen Gesellschaft heraus, die sich auf die gesellschaftlichen Produktionsmittel gründet. Dies war praktisch der einzige sozialistische Ausweg aus der inneren Krise der ungarischen Gesellschaft.

Leider hat sich dieser Prozess nicht bis zum Ende entwickelt. Der Hauptgrund hierfür liegt jedenfalls darin, dass ihm die bewusste Orientierung und das klare Ziel fehlten. Es gab keine irgendwie ausgearbeitete Konzeption für die Wiedergeburt des ungarischen Sozialismus durch Übergabe der politischen Macht an die Arbeiterräte bei gleichzeitiger Isolierung der reaktionären und politischen Faktoren, sowohl der stalinistischen als auch der bürgerlichen, die sich hinter dem Rücken des kleinbürgerlichen Anarchismus und des

Pseudo-Liberalismus gesammelt hatten. Ausserdem wurde auf diesen gesunden sozialistischen Mechanismus der Arbeiterklasse ein wütender politischer, materieller und ideologischer Druck ausgeübt, sowohl von den Trägern der bürgerlich-demokratischen Illusionen, die die Arbeiterräte als politische Form störten, die die führende Rolle der Arbeiterklasse und der sozialistischen Kräfte sichert, als auch von den stalinistischen Elementen und Dogmen, für die die Arbeiterräte eine Begrenzung des Monopols der herrschenden Partei darstellten.

Man kann also ohne Übertreibung sagen, dass das Fehlen eines jeglichen einflussreicheren revolutionären und realistischen sozialistischen subjektiven Faktors, der es verstanden hätte, die Arbeiterklasse auf der Plattform des Sozialismus und der sozialistischen Demokratie in den Kampf um die Macht über die Arbeiterräte und sonstige Selbstverwaltungsorgane der Werktätigen zu führen, Hauptkennzeichen der elementaren Revolte der werktätigen Massen in Ungarn war.

Es erhebt sich die Frage, wie es geschehen konnte, dass der ungarische Sozialismus einen so schweren ideologischen Zusammenbruch erlitt.

Die ungarischen revolutionären Zusammenstösse sind eigentlich das erste grössere Beispiel für eine gewaltsame Abrechnung mit jenen Hindernissen für die Weiterentwicklung des Sozialismus, die bereits das Produkt eines gefestigten bürokratischen politischen Systems sind, und die unter bestimmten Verhältnissen gesetzmässige Gesellschaftserscheinungen in der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus darstellen. Die neuen sozialistischen demokratischen Formen und Ideen stehen erst an ihrem Anfang, und Erfahrungen liegen wenige vor, während die Gesellschaftsentwicklung auch einen schnelleren Prozess in der Sphäre des politischen Systems und des ideologischen Lebens gebieterisch fordert. Ausserdem widersetzt sich diesem Fortschritt das materiell und ideologisch Konservative in einem System, das sich auf reiche revolutionäre Traditionen der Vergangenheit beruft. Aus all den Gründen kann es in solchen Gesellschaftsbewegungen, wie sie jetzt in Ungarn vorliegen, zur Vorherrschaft einer unbewussten elementaren Revolte kommen, die im Grunde gesund ist, aber in ihrer weiteren Entwicklung grosse Zerstörungen und eine ideologische und politische Verwirrung stiften kann, sobald sie ohne klar festgelegte ideologische Zentren und subjektive Faktoren überhaupt bleibt.

Wo in den revolutionären Ereignissen das Elementare vorherrscht, da herrscht in den Köpfen zugleich die Illusion, während das praktische Handeln rückwärts drängt zu irgendwelchen bekannten alten aber heute idealisierten Formen. Mit anderen Worten, die Menschen, die im Augenblick der Verwirrung im Wald nicht den Weg nach vorne zu finden vermögen, beginnen zunächst zurückzugehen und dann zurückzulaufen, ohne Rücksicht darauf, dass sie das von ihnen Begonnene damit in eine Katastrophe hineinreissen.

So war es auch in Ungarn. Die früheren Regime von Rakosi und Gerö und die allgemein herrschenden stalinistischen Dogmen haben nicht nur einen Berg von Gesellschaftswidersprüchen aufgetürmt, sondern auch in den Köpfen der Kämpfer für den Sozialismus eine Leere hinterlassen. In diesem bürokratischen System wurde die überwältigende Mehrheit der aufrichtigen Revolutionäre und sozialistischen Kämpfer in der Auffassung erzogen, nach dem Sieg der Revolution bleibe für den subjektiven Faktor nichts anderes, als Fabriken zu bauen, unaufhörlich zu investieren, den Staatsaufkauf zu garantieren, für die Massnahmen der Regierung zu agitieren, möglichst viel aus der Wirtschaft herauszuholen, um möglichst viel investieren zu können und möglichst hohe Planziffern zu erzielen. In einem solchen System sollte jeder Staatsmann und Parteifunktionär jederzeit alle möglichen Angaben über die Lage in der Wirtschaft, die oft sogar höchst unwichtig waren, auswendig wissen. Niemand aber war in der Lage oder empfand stärker das Bedürfnis, in der Lage zu sein, zu sehen oder zu erläutern, was unter den Menschen vorgeht, welche Gesellschaftsprozesse im Gange sind, welche neuen Gesellschaftskräfte emporkeimen und welche absterben, welche Widersprüche auftauchen und in welchen Formen, wo sich Tendenzen einer Degeneration zeigen, wo der sozialistische Fortschritt die Abschaffung des Alten fordert, und so weiter und so weiter, um diesen Hinweisen später auch die Wirtschaftspolitik anzupassen. In einem solchen System wussten die Leute mehr über Hühner und Kartoffelsorten als über die Menschen selbst. Die Politik jedoch ist dort verschwunden, geblieben ist nur die Diskussion über die Planziffern, über die Stahl- und Maschinenproduktion, wie ich schon gesagt habe, über Kartoffeln und Mais, über Viehfütterung und so weiter. Es liegt mir selbstverständlich fern, die Erforderlichkeit auch einer solchen Diskussion, vor allem unter Fachleuten, zu bestreiten, aber wenn man nur bei ihr stehen bleibt, dann ist es ein Symptom, dass die Dinge nicht auf

dem richtigen Wege sind. Es ist nicht und kann nicht Aufgabe der zentralen gesellschaftlichen und politischen Organe eines sozialistischen Landes sein, den Leuten vorzuschreiben, wie sie das Vieh füttern sollen. Natürlich müssen sie für das Vorhandensein von Fachorganisationen sorgen, die in jedem Augenblick den daran Interessierten jede mögliche fachliche, technische und materielle Hilfe geben können. Die Hauptaufgabe dieser zentralen Organe muss aber in jedem Falle darin liegen, durch einen politischen und wirtschaftlichen Organisationsmechanismus der Gesellschaft zu jedem Zeitpunkt ein Höchstmass an materiellem und moralischem Anreiz eines jeden Einzelnen auf seinem sozialistischen Arbeitsplatz zu garantieren, damit er möglichst viel und möglichst gut produziert, und sie müssen auch ihm eine ausreichende Selbständigkeit garantieren, damit er seine schöpferischen Energien und seine Initiative nach allen Seiten entfalten kann. Das muss unser Hauptziel beim Aufbau des Gesellschaftsmechanismus sein, wenn wir vom sozialistischen Aufbau sprechen und sicherstellen wollen, dass sich das sozialistische Gesellschaftssystem in seiner Entwicklung auf das freie Handeln der sozialistischen Werktätigen und nicht auf die Staatsgewalt gründet.

Wir haben immer betont, dass der Aufbau des Sozialismus, sofern wir diesen ungenauen Propagandaausdruck, Aufbau des Sozialismus, verwenden als Bezeichnung für ein bewusstes Handeln der Menschen in Richtung auf eine Entwicklung der sozialistischen Verhältnisse, dass der Aufbau des Sozialismus in diesem Sinne nicht der gleiche Prozess ist, wie etwa der Bau eines Hauses. Das ist keine Aufgabe, die sich von einem bürokratischen Schreibtisch aus leiten und verwalten lässt. Der Aufbau des Sozialismus ist ein organischer Gesellschaftsprozess, in dem die führende Kraft für die Befreiung der sozialistischen Kräfte und für den Schutz dieser Kräfte vor einem Eingreifen verschiedener nichtsozialistischer Faktoren kämpfen muss.

In diesem Prozess wirken die verschiedensten Gesellschaftskräfte, angefangen von den Überresten der Vergangenheit bis zu den vorübergehenden Neuschöpfungen, wie es zum Beispiel die Technokratie und der Bürokratismus ist, die sich zu sehr ernst zu nehmenden gesellschaftlichen Kräften entwickeln können. Aber auch die Arbeiterklasse selbst ändert sich im Prozess der sozialistischen Entwicklung. Es ändern sich die inneren Verhältnisse, unter denen sie lebt, es ändert sich auch ihr Bewusstsein. Den Prozess der sozialistischen Entwicklung

ausschliesslich durch das Prisma des Ausgangspunktes in der sozialistischen Revolution zu sehen, also durch den Konflikt zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist ideologisch absurd und politisch reaktionär. Aus einer solchen Betrachtungsweise ergibt sich auch das unaufhörliche und automatische Rühmen alles dessen, was in den Ländern vorhanden ist, in denen kommunistische Parteien an der Macht sind. Als ob alle diese Gesellschaftsprobleme für ewige Zeiten gelöst wären, oder als ob alle diese Fragen einfach durch Verordnungen gelöst werden können und jeder ohne Aufregung abwarten kann, bis eine Dienststelle des zentralisierten Verwaltungsapparates meint, es sei die Zeit gekommen, die eine oder andere Frage zu lösen. Nach diesem Idealschema, das leider nicht nur eine Karikatur, sondern auch eine Wirklichkeit ist, scheint es, als ob in der Übergangszeit nicht unaufhörlich und jeden Tag neue positive und negative Produkte der Gesellschaftsentwicklung entstünden.

Es ist sehr falsch, die Diskussion über die Probleme der Gesellschaftsentwicklung in der Übergangszeit ausschliesslich auf die Überreste der entmachteten Bourgeoisie zu beschränken. Nach zehrer Jahren sozialistischer Entwicklung in einem ziemlich entwickelten Lande müssten diese Überreste einen politisch weniger bedeutsamen Faktor darstellen. Der Mechanismus des Staates in der Übergangszeit bringt auch andere Faktoren hervor, die viel bedeutsamer sind und hinter denen sich in neuer Form die historisch reaktionären Kräfte, die sich dem sozialistischen Fortschritt entgegenstellen, verschanzen. Das ist in erster Linie, wie wir alle wissen, der Bürokratismus, der sowohl in stalinistischer als auch in bürgerlich-demokratischer Form auftritt. Bürgerliche Gegenrevolutionen können überhaupt nur dann ein ernsthafterer politischer Faktor sein, wenn das bürokratische Despotentum in solchem Masse in Gegensatz zu den Bedürfnissen der weiteren sozialistischen Entwicklung gerät, dass es die Arbeiterklasse verwirrt und sie zum Angriff gegen diesen Bürokratismus herausruft. Man darf nicht vergessen, dass die französische Gegenrevolution nicht aus ihrer eigenen inneren Kraft heraus gesiegt hat, sondern erst, nachdem der Jakobinerterror in völligen Gegensatz zu den wirklichen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Gesellschaftsentwicklung in Frankreich geraten war. Und auch als die Gegenrevolution formell gesiegt hatte, konnte sie nicht das vernichten, was für die weitere Entwicklung des Kapitalismus wesentlich war. Auch danach noch war eine ganze Reihe einander ablösender

Konflikte und Revolutionen notwendig, die allmählich das politische System von den Elementen säuberten, die einer schnelleren Gesellschaftsentwicklung hinderlich waren.

Das Fehlen jeder ernsthafteren Analyse der Gesellschaftsprozesse in der Übergangszeit und vor allem die bei Todesstrafe verbotene Diskussion über die Gesellschaftsverhältnisse und sonstige Fragen, die im Gegensatz zu der Fiktion standen, dass es in der Gesellschaft, die den Sozialismus aufbaue, keine reaktionären und konservativen Elemente ausserhalb der Überreste der Bourgeoisie gebe; das war das Kennzeichen des Rakosi-Ungarn. Nach dieser Lehre ist die ungarische Entwicklung identisch mit der Politik der Regierung, darum muss die Regierung die absolute Macht haben. Nach dieser Auffassung ist die einzige Aufgabe der Menschen, die bewusst zum Sozialismus beitragen wollen, die Massnahmen der Regierung populär zu machen und zu "erläutern". Die gleiche Aufgabe haben auch die Gesellschaftswissenschaften. Die gesamte ideologische Arbeit ist daher jeglichen schöpferischen Impulses beraubt, sie ist in die elende Stellung eines Diensthoten des prinzipienlosen Praktizismus gedrängt.

Es erhebt sich die Frage, welche sozialistischen Kader ein solches System schaffen kann, und welche Möglichkeit es dem sozialistischen unbewussten Streben gab, die Politik der sogenannten führenden Kräfte zu korrigieren, und überhaupt, wie sich bei den Werktätigen ein sozialistisches Bewusstsein heranbilden konnte, das letzten Endes Grundlage für die Stabilität des gesamten Gesellschaftssystems sein muss. Die Antworten können unter den hier aufgeführten Verhältnissen auf alle diese Fragen natürlich nur durch und durch verneinend sein. Praktisch haben eben dieses politische System und eben diese Partei, die nach ihrem Status die fortschrittlichste Kraft im Lande sein sollte, die Möglichkeit für das Entstehen von Kadern ausgeschaltet, die die fortschrittlichen sozialistischen Tendenzen in Ungarn ausdrücken und vorantragen sollten. Damit wurde der Bruch zwischen den Massen und der Führung der Ungarischen Partei der Werktätigen vollständig, die ungarische Arbeiterklasse war ideologisch entwaffnet und allen möglichen ideologischen Einflüssen von aussen überlassen.

Nur einem solchen anomalen Zustand ist es zuzuschreiben, dass ein Petöfi-Klub mit einem Gemisch aus den verschiedenen Elementen der Intelligenz, von sehr fortschrittlichen und sozialistischen, über kleinbürgerlich anarchistische und

verworrene bis zu offen reaktionären und antisozialistischen zunächst das einzige Ventil für die aufgestauten Energien der Volksmassen und dann einer ihrer wichtigsten ideologischen und politischen Orientatoren werden konnte. Schon diese anomale politische Form und die Bestätigung eines solchen Diskussionsklubs als ideologische Hauptkraft einer sozialistischen Revolten deutet auf diese ganze ideologische Leere, die das bürokratische System Rakosis und Gerö's hinterlassen hat.

IV.

In dieser Atmosphäre einer ideologischen Ode haben sich auch die ungarischen Arbeiterräte entwickelt. Wie wir gesehen haben, stellten sich ihnen sowohl die Rakosi-treuen und stalinistischen Elemente als auch der kleinbürgerliche Liberalismus entgegen. Sie wurden auch nicht verstanden von dem Kommunisten, die das Rakosi-Gerö-Regime verurteilten und sich von ihm gelöst hatten. Für einen Teil von ihnen, der noch unter dem Einfluss der alten stalinistischen Dogmen gewohnt war, nicht an die Massen, an das sozialistische Bewusstsein der Arbeiterklasse und die materielle Unabdingbarkeit zu glauben, dass die Arbeiterklasse sozialistisch wirkt, war es unvorstellbar, dass die Arbeitermassen direkt und nicht ausschliesslich über die Partei oder über deren Führung im Machtsystem mitwirken und entscheiden können. Die Partei der Ungarischen Werktätigen, die zehn Jahre lang nur mit Hilfe eines bürokratischen politischen und wirtschaftlichen Apparates geherrscht hatte, war verschwunden, und sie konnte einfach aus diesem Grunde kein realer sozialistischer Faktor mehr sein. Dennoch wurde nur ihr Name geändert, wobei man die ungarischen Werktätigen zu überzeugen suchte, dass das Problem damit gelöst sei. Die ungarischen Werktätigen erhoben sich jedoch gegen das bürokratische System und nicht gegen den einen oder anderen Namen der Partei, die ein solches System hervorgebracht hatte. Statt fruchtlose Versuche auf der Linie einer Wiederherstellung der kommunistischen Partei und anderer Parteien zu machen, hätten die fortschrittlichen sozialistischen Kräfte in Ungarn eigentlich in jenen revolutionären Tagen für den Sieg der Prinzipien einer direkten Demokratie durch Bestätigung der einheitlichen Arbeiterräte und der Selbstverwaltungskommunen als Hauptsäule der neuen sozialistischen Macht kämpfen müssen, denn nur in solchen demokratischen Organen konnten die

sozialistischen Kräfte selbst wiedergeboren und nach dieser Wiedergeburt erneut zu einem erstrangigen Faktor in diesen Organen werden. Die ungarischen Kommunisten waren jedoch zu sehr mit den versteinerten Dogmen der Vergangenheit belastet, um zu einer solchen radikalen Umkehr fähig zu sein, und so paradox es auch aussehen mag, es stimmt doch, dass sich die Kommunisten eher für den Übergang zum klassischen bürgerlichen Mehrparteiensystem entschieden, selbst wenn sie damit Ungarn den reaktionären Kräften auslieferten, als dass sie auf die Illusion ihrer eigenen Massenpartei verzichteten, die die Massen bereits verlassen hatten, denn ein solcher Typ einer Partei war für sie die Verkörperung des bürokratischen Despotismus. Ungarn brauchte in jenen Tagen dringend fortschrittliche Kämpfer für den Sozialismus, aber nicht vom stalinistischen Typ und nicht organisiert im alten Typ einer politischen Partei, unter welchem Namen diese auch auftreten mochte. Sie mussten dort stehen, wo die Arbeiterklasse steht und innerhalb der Arbeiterklasse, aber für eine solche Methode mussten sie auch neue Organisationsformen und neue Arbeitsmethoden finden.

Da dieser Gedanke den führenden ungarischen Kommunisten fremd war, und da sie aus dem alten Schema einfach nicht herauskonnten, mussten sie nach einer anfänglichen Ausscheidung der eingefleischtesten Stalinisten sich erneut spalten. Ein Teil von ihnen ging den falschen freiheitlichen Parolen und einer Idealisierung des bürgerlich-demokratischen Systems auf den Leim und begann den Aufbau einer parallel zu den Arbeiterräten entstehenden zweiten Macht zu unterstützen, die - da diese zwei Formen nicht unter einen Hut zubringen sind - letzten Endes gegen die Arbeiterräte gerichtet war. Lassen wir ausser acht, dass unter einer solchen Verschärfung der Gesellschaftskonflikte, wie sie in Ungarn herrschte, die Hoffnung auf eine klassische friedliche Mehrparteiendemokratie eine reine Illusion war. Aber auch wenn es nicht so gewesen wäre, erhebt sich die Frage, warum die Kommunisten um den Preis einer Funktion in ihrer Massenpartei, die sie nicht mehr besaßen, auf die reale Stärke der Arbeiterklasse und des Sozialismus verzichteten, die in den Arbeiterräten ihre Frucht getragen hatte und die zum Grundpfeiler des neuen politischen Mechanismus in der ungarischen sozialistischen Demokratie als einer direkten Demokratie hätte werden können. Diese Sprache hätten die ungarischen Werktätigen in diesem Augenblick vielleicht als einzige verstanden. Aber sie konnten nicht verstehen, dass man sie erneut für eine Partei warb, die einen furchtbaren

Schiffbruch gerade deswegen bereits erlabet hatte, weil in ihr der echte marxistische kommunistische Gedanke nicht zum Ausdruck gekommen war. Auf Grund wessen konnten die Arbeiter das Vertrauen haben, dass sich das alte Ubel nicht wiederholen werde? Nur auf Grund von Personalveränderungen? Keineswegs. Das politische System musste geändert werden und nicht nur die Menschen und die Namen der Organisationen.

Der andere Teil der gutgesinnten Kommunisten fürchtete eine solche Entwicklung der Dinge, in der die Kräfte der bürgerlichen Restauration in der Tat immer mehr Boden gewannen. Diese gleiche Furcht lähmte und passivisierte auch einen grossen Teil der Arbeiterklasse, die in der Regierung Nagy keine Perspektive mehr für sich sah, aber zugleich eine Rückkehr zum Alten, zum Stalinistischen fürchtete. So kam es dazu, dass sich ein Teil der Kommunisten von der Regierung Nagy löste, entweder indem sie passiv wurden, oder indem sie Zuflucht bei der Sowjetarmee suchten. Auch für diese Kommunisten waren die revolutionären Arbeiterräte ein fremder Mechanismus, der angeblich die Positionen der kommunistischen Partei im Mechanismus der Macht bedroht und darum nicht Ausgangspunkt für den Aufbau eines neuen sozialistischen politischen Systems sein kann. Ein notwendiges Produkt eines solchen Standes der Dinge war danach die sowjetische Intervention und die Bildung der Regierung Janos Kadar.

Mit Rücksicht auf diesen ganzen Verlauf der Dinge in Ungarn war von vornherein klar, dass die Sowjetintervention zwangsläufig in dem Augenblick erfolgen musste, da Ungarn zu einer Arena auch für eine Intervention von der anderen Seite werden musste, wie ich es bereits gesagt habe, und es begann in dem Augenblick dazu zu werden, da der alte politische Mechanismus Rakosis, statt durch einen echten fortschrittlichen demokratischen sozialistischen Mechanismus abgelöst zu werden, abgelöst zu werden begann durch einen alten und unter den ungarischen Verhältnissen unhaltbaren politischen Mechanismus des bürgerlichen Staates, also eines Staates, der aufgebaut ist auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Ein solches Ungarn wäre kein unabhängiges Ungarn gewesen. Ein solches Ungarn hätte die in Europa geschaffenen Kräfteverhältnisse zu stören begonnen und damit eine Verschärfung der Konflikte zwischen den gegnerischen internationalen Kräften hervorrufen müssen.

Da zu keinem einzigen Augenblick auch nur eine ernsthafte kommunistische Fraktion fähig war, eine klare und fest umrissene Plattform für die Rolle, die Aufgaben und die Ziele der Arbeiterräte als des Grundpfeilers für einen erneuerten politischen Mechanismus des ungarischen Sozialismus zu formulieren und auch nicht einmal den Versuch dazu machte, sind auch die Arbeiterräte selbst mit der Zeit immer mehr unter den Einfluss der verschiedenen pseudo-demokratischen Losungen geraten, die im wesentlichen das Ziel hatten, die Arbeiterräte von der Macht zu trennen und sie auf die Rolle eines politisch-gewerkschaftlichen Vertreters der Arbeiter im Staatsmechanismus zu beschränken, der ausserhalb und unabhängig von den Arbeiterräten aufgebaut wurde. Nicht einmal jene ungarische Intelligenz, die in den ersten Tagen des Aufstandes gegen das Rakosi-System zweifellos sehr ehrlich und fortschrittlich in ihrer Einstellung zu den Arbeiterräten auftrat, konnte diese lösende positive Rolle spielen, sondern hat sogar oft der Arbeiterklasse durch ihre eigene

Orientierungslosigkeit die Orientierung genommen. Wegen der Tatsache, dass sie nicht fähig war, als Ersatz für das Rakosi-Regime etwas anderes als eine Erneuerung des alten bürgerlichen politischen Mechanismus vorzuschlagen, hat diese Intelligenz die Arbeiterräte auf die Seite gedrängt, ihnen jegliche Perspektive genommen und sie häufig einfach nur zu Stäben für die Führung des praktischen Widerstandes gemacht, während sie die Formulierung des politischen Programms im Namen der Demokratie immer mehr den reaktionären Kräften überliess.

Hier, in diesen Faktoren, muss man also die Ursachen für die ungarische Tragödie und die Ursachen für die Niederlage der sozialistischen demokratischen Bestrebungen in diesem Aufstand suchen. Damit will ich jedoch nicht sagen, dass auch die fortschrittlichen Tendenzen, um deretwillen es zum Aufstand gekommen ist, eine Niederlage erlitten haben. Vielleicht wäre mit der Zeit aus der eigenen Erfahrung und im aufgezwungenen Kampf mit den reaktionären Kräften eine klarere Konzeption für eine Synthese der sozialistischen und demokratischen Bestrebungen in den Arbeiterräten entstanden und hätte sich entwickelt. Die Ereignisse waren aber schneller als der Prozess der Heranbildung eines neuen Bewusstseins, und so ist das gesamte System der Arbeiterräte unvollendet und gelähmt geblieben.

Ausserdem muss man sich vor Augen halten, dass die aus dem Ringen mit dem Bürokratismus gewonnenen Erfahrungen der fortschrittlichen sozialistischen Kräfte noch sehr gering und noch weit davon entfernt sind, aus ihnen in einer endgültigen Gestalt bestimmte demokratische politische Formen herauszuziehen. Bis zum XX. Kongress der KPdSU bemühte sich eigentlich nur Jugoslawien ernstlich um eine politische Lösung der Gegensätze der Übergangszeit, die es durch den Ausbau eines Mechanismus der Selbstverwaltung der Werktätigen auf allen Gebieten des Gesellschaftslebens auch gefunden hat und befreite damit die Gesellschaft von jenen politischen Formen und Methoden, mit denen die bürokratischen Elemente die gesamte Gesellschaft im Zustand des Stagnierens festzuschmieden streben. Natürlich behauptet niemand von uns, das, was wir getan haben, sei das einzig Mögliche und das beste für alle, wie man uns in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten vorwirft. Was wir behaupten und was Präsident Tito in seiner Rede, die so viel angegriffen wurde, kürzlich behauptet hat, das ist nur die Tatsache, dass der jugoslawische Sozialismus als erster eine radikale Abrechnung mit der Bürokratismus als einer Gesellschaftskraft durch allmähliche Änderung seines politischen Systems begonnen hat, und dass kein sozialistisches Land um diese Aufgabe herumkommt, wenn es den Weg für eine ungestörte Entwicklung der sozialistischen und demokratischen Beziehungen unter den Menschen frei machen will. Selbstverständlich wird sich jedes Land selbst diesen Weg festlegen müssen. Nur das Leben und die weitere Entwicklung über Erfolge und Misserfolge kann also den Gesellschaftskräften in den sozialistischen Ländern die notwendigen Erfahrungen und theoretischen Schlussfolgerungen bieten, die es ermöglichen, dass die Weiterentwicklung des Sozialismus immer stärker unter dem Einfluss eines fortschrittlichen sozialistischen Bewusstseins steht. Und das ist eine unabdingbare Voraussetzung, wenn man in der Zukunft blutige Ereignisse und Krisen vermeiden will, wie sie in Ungarn ausgebrochen sind, und wenn man sicherstellen will, dass der Fortschritt des Sozialismus und der Demokratie wirklich in einer ständigen fortschrittlichen Evolution und nicht in schweren Gesellschaftskrämpfen verläuft.

Wenn das stimmt, dann ist klar, dass wir nicht das Recht haben, unsere Augen vor den brennenden Problemen des modernen Sozialismus zu verschliessen, weder wir noch sonst irgendjemand, der behauptet, der Sozialismus sei sein Anliegen. Man braucht kein Marxist zu sein, um zu wissen, dass die

Ereignisse in Ungarn weder ein Zufall noch eine Folge jener paar Hundert Millionen amerikanischen Dollar sind, die für die antikommunistische Propaganda ausgegeben wurden. Das wiederholen und damit trösten sich nur jene konservativen Tories in den kommunistischen Bewegungen, die wie ein Vogel Strauss einfach den Kopf in den Sand stecken und so abwarten möchten, bis die unangenehmen Tage vorübergestürmt sind. Sie täuschen sich natürlich. Die unangenehmen Tage werden nicht so schnell vorüberstürmen, denn sie haben ihre tiefen Ursachen. Und es ist sicher, dass sie sich wiederholen werden, wenn einzelne kommunistische Parteien auch weiterhin sich selbst und den Teil der Massen, der ihnen folgt, täuschen werden.

Auf jeden Fall ist es unsere historische Pflicht, als Marxisten den Tatsachen ohne irgendwelches Schwanken, ohne Vorurteile und ohne Rücksichten ins Angesicht zu sehen. Notwendig ist vor allem eine gründliche Arbeit an einer tiefschürfenden Analyse der Ursachen, die zum Aufstand in Ungarn und zu ähnlichen Erscheinungen in Osteuropa geführt haben, und daran, die Schlussfolgerungen zu ziehen, die der sozialistischen Kräften helfen werden, sich schneller und gründlicher vom Erbe der stalinistischen Despotie zu befreien. Notwendig ist ebenfalls, auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen auch einige allgemeine Schlussfolgerungen für den Mechanismus der Gesellschaftsentwicklung in der Übergangszeit zu ziehen, denn gerade hier haben bestimmte stalinistische Theorien und ihre erzwungene Anwendung in verschiedenen sozialistischen Ländern grössten Schaden angerichtet. Eine konstruktive, kameradschaftliche, sozialistische Diskussion könnte nur dazu beitragen, dass sich derartige elementare Prozesse, wie sie sich in Ungarn abgespielt haben, nicht mehr wiederholen. Dies ist umso notwendiger, als die ungarische Tragödie der sprechende Beweis dafür ist, dass solche Ereignisse nicht nur ein Schlag für den Sozialismus, sondern auch eine Gefahr für den Frieden in Europa und in der Welt sind. Und für den weiteren Fortschritt des Sozialismus und der sozialistischen Demokratie braucht man vor allem den Frieden.

Ich will nicht bei den Perspektiven der weiteren Entwicklung in Ungarn verweilen. Es ist offenkundig, dass sich die heutigen Massnahmen in Ungarn historisch nur dann rechtfertigen lassen, wenn sich wenigstens nachträglich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Ungarn

im Sinne von dem entwickeln, was ich vorstehend ausgeführt habe. Gewinnen jedoch Tendenzen die Oberhand, die darauf ausgehen, das alte politische System wiederherzustellen, wenn auch weniger brutal, dann wird das Problem nicht gelöst, und die Geschichte und das ungarische werktätige Volk werden früher oder später das politische Wirken der entscheidenden Faktoren in Ungarn verurteilen und zwar sowohl derer an der Macht als auch derer in der Opposition, sofern sie in diesem kritischen Augenblick nicht letzten Endes doch noch einen Weg zur Einheit auf der Basis des Sozialismus, der sozialistischen Demokratie und der Unabhängigkeit finden.

V

Im Rahmen dieser von uns geführten Diskussion wünschte ich hauptsächlich nur auf jene Aspekte der Ereignisse in Ungarn hinzuweisen, die uns als weitere Erfahrung in unserem eigenen politischen Aufbau dienen können und die die Richtigkeit der Prinzipien bestätigen, auf denen unser Bestreben unseren gesellschaftlichen, demokratischen und politischen Mechanismus zu entwickeln, beruht. Nicht zuletzt stellen die ungarischen Ereignisse für uns einen Hinweis auf den ganzen Ernst der Lösung von Problemen dieser Art dar, sowie auch auf die Notwendigkeit kühner vorwärts zu gehen. Wenn wir auch schon etwas erreicht haben, so ist es doch selbstverständlich, dass wir damit nicht zufrieden sein sollen. Es handelt sich nicht nur um die Fragen des Lebensstandards die wir in den nächsten Jahren allmählich lösen müssen. Wir müssen auch in der Entwicklung unseres politischen Systems weitergehen und den Mechanismus der sozialistischen Demokratie, die weitere Demokratisierung verschiedener Gebiete unseres Gesellschaftslebens ausbauen. Dies ist nicht nur für uns notwendig, das ist eine Notwendigkeit für den Sozialismus im allgemeinen. Diesem müssen wir unbedingt bei der Festsetzung unserer ökonomischen Politik Rechnung tragen.

Die Ereignisse in Ungarn bestätigen neuerdings wie sehr wir im Recht waren, als wir uns so energisch sowohl dem Druck der stalinistischen Konzeption, als auch den Versuchen widersetzen, im Namen der Notwendigkeit politischer Liberalisierung, in Jugoslawien die politische Form der klassischen bürgerlichen Demokratie wiederherzustellen Sowohl die eine,

als auch die andere Tendenz drängt die Gesellschaft, die aus der sozialistischen Revolution hervorgegangen ist, zurück und führt zu einer Anhäufung innerer Widersprüche und sogar auch zu einem zeitweiligen Erlahmen der Kräfte des sozialistischen Fortschrittes. Es ist offensichtlich, dass die politischen Formen des Sozialismus organisch aus seiner eigenen sozial-ökonomischen Grundlage herauswachsen müssen, dh. aus den ökonomischen Verhältnissen und Interessen die als Resultat des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln entstehen. Mehr als je ist es heute notwendig die intensivsten und schöpferischen Anstrengungen für die Entwicklung jener neuen gesellschaftlichen und politischen Formen zu entfalten, die die freie Bewegung der sozialistischen materiellen und gesellschaftlichen Kräfte sichern. Hierbei schliessen wir auch die breiteste Initiative des einzelnen ein, in seinen Bemühungen sein eigenes, sowohl als auch das Gesellschaftsleben den materiellen und moralpolitischen Interessen anzupassen, die aus seiner Arbeit an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln hervorgehen.

Dieses Neue kann man natürlich nicht einfach in den Köpfen konstruieren und der Gesellschaft aufdrängen. Die neuen Formen müssen sich bilden und bilden sich ständig aus den gesellschaftlichen Widersprüchen, die der Entwicklung der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus eigen sind, dh. aus der Notwendigkeit des gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschrittes.

Das politische System des Sozialismus muss auf solche Art und Weise ausgebaut werden, dass die Arbeiterklasse und die übrige Masse der Werktätigen direkten Einfluss darauf ausüben können, und nicht nur über die herrschende Partei die der Bürokratisierung ausgesetzt ist. Die neuen politischen Formen können normal nur unter der Bedingung, in Erscheinung treten und sich entfalten wenn das Streben der arbeitenden Masse nach Fortschritt, welches parallel zu der Entwicklung der materiellen Basis des Sozialismus und der Bestätigung der sozialistischen Verhältnisse wächst, wirklich in den entsprechenden demokratischen Organen der gesellschaftlichen und staatlichen Verwaltung zum Ausdruck kommen kann. Gerade deswegen gibt es keinen sozialistischen Fortschritt ohne ständige Entwicklung des Demokratismus in allen gesellschaftlichen Verhältnissen; natürlich wie wir schon sagten, eine Demokratie die der Bewegung und dem Wirken der sozialistischen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Faktoren entspricht. Nur

dies ist der Weg der es ermöglicht nach und nach die Elemente des Bürokratismus, welche in der Übergangsperiode auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln entstehen, aus den gesellschaftlichen Verhältnissen zu eliminieren.

Das waren die grundsätzlichen Annahmen von welchen wir in der Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie ausgegangen sind. In der Praxis haben wir gelernt, wobei wir auch verschiedenes und vielerlei aus den demokratischen Traditionen der Vergangenheit ausgewertet haben; aber deswegen haben wir uns nicht nach rückwärts bewegt, sondern haben uns bemüht aus den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen auch die entsprechenden neuen demokratischen Formen hervorzubringen.

Dieser Prozess ist nicht und darf auch nicht ausschließlich von einer bewussten Aktion der Spitzen abhängig sein. Der politische Mechanismus der sozialistischen Gesellschaft soll im Gegenteil organisch aus fundamentalen gesellschafts-ökonomischen Verhältnissen herauswachsen die sich in der Produktion auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln bilden. Der Mensch im sozialistischen System darf nicht im Namen irgendwelcher höherer Interessen der Sklave einer Staatsmaschine werden. Das politische System des Kapitalismus hat sich erst dann stabilisiert, als es den Status des Privateigentümers an den Produktionsmitteln endgültig gefestigt hat, und ihn als solchen vollständig von der Willkür der feudalen Herrscher, dem bürokratischen Apparat der absoluten Monarchie, wie auch von der Willkür der Beamten der Jakobinischen-Diktatur befreite. Erst aus diesen Grundzellen konnte sich allmählich ein stabiles System der bürgerlichen Demokratie entwickeln.

Ich möchte keine mechanischen Vergleiche anstellen, jedoch bestätigt das angeführte Beispiel unsere These, dass es sich für die Entwicklung eines stabilen demokratisch-politischen Staatsmechanismus in der Uebergangszeit vor allem als notwendig erweist die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der gesellschaftlichen Basis zu festigen, und sie von der alltäglichen Politik des Staatsapparates unabhängig zu machen. Das heisst vor allem, dass man den ökonomischen und politischen Status festigen soll, erstens des einzelnen arbeitenden Menschen in seiner Arbeit an den gesellschaftlichen

Produktionsmitteln, zweitens des Arbeitskollektivs in der Unternehmung und drittens der lokalen Selbstverwaltungsgemeinschaften, die allmählich in eine Gemeinschaft der sozialistischen Produzenten hinüberwachsen sollen.

In einer solchen Gemeinschaft sollen die Widersprüche zwischen den kollektiven und individuellen Interessen grundlegend glöst werden, und damit auch die Befreiung der Arbeit verwirklicht werden, dh. die Umbildung eines jeden Arbeiters in einen freien Schöpfer in seinem eigenen materiellen und moralischen Interesse und damit auch im Interesse der gesellschaftlichen Gemeinschaft erfolgen. Das ist auch der einzige Weg um den arbeitenden Menschen - Produzenten - zum verantwortlichen gesellschaftlichen Arbeiter heranzubilden. Marx war derjenige der verlangte, dass

"das teilweise Individuum, der ausschliessliche Träger einer gesellschaftlichen detaillierten Funktion" - wobei er an die Lage des Arbeiters bei der kapitalistischen Arbeitsteilung dachte - "soll durch ein vollständig entwickeltes Individuum ersetzt werden, welchem die verschiedenen gesellschaftlichen Funktionen ebensoviel abwechselnde Arten der Beschäftigung bedeuten". /Marx - Kapital/

Es scheint mir, dass manche in verschiedenen sozialistischen Bewegungen, die sich sonst gerne auf Marx berufen, Marxs Auffassungen vergessen haben. Sie haben auch folgende Feststellung von Marx vergessen:

"Die Kommune wollte das individuelle Eigentum zur Wirklichkeit machen indem sie die Produktionsmittel, das Land und das Kapital, welche jetzt hauptsächlich ein Mittel zur Unterdrückung und Ausbeutung darstellen in die lauterere Waffe der freien und vereinten Arbeit unwandelt..."

K.Marx, Bürgerkrieg in Frankreich,
Seite 68, Ausgabe "Kultura"

Denn, hätten sie es nicht vergessen, so würden sie das Verhältniss zwischen dem individuellen und kollektiven Interesse nicht im Sinne einer absoluten Unterordnung des individuellen Interesses "dem höheren Interesse" unter dem Namen des "kollektiven Interesses" behandelt haben - das in Wirklichkeit nicht mehr kollektives Interesse ist, sobald das individuelle Interesse davon ausgeschlossen ist, sondern

als Einheit der Widersprüche die eines der grundlegenden Gesetze der sozialistischen materiellen und gesellschaftlichen Entwicklung darstellt. Indem man das Wirken dieses Gesetzes dem Drucke eines zentralistisch-bürokratischen Staatsmechanismus aussetzt, drängt man eigentlich die Gesellschaft auf den Weg der Stagnation und der Deformation. Wenn man dem Wirken dieses Gesetzes, durch einen entsprechenden Mechanismus der sozialistischen Demokratie den Weg frei macht, so bedeutet dies ein permanentes evolutives Lösen dieses Widerspruches und damit einen ständigen Fortschritt des Sozialismus zu sichern.

Es versteht sich von selbst, dass dieser Prozess nicht geradlinig und ohne Umwege und Schwierigkeiten vor sich gehen kann, weil sich das menschliche Bewusstsein nicht immer mit den materiellen Bedingungen deckt. Das bedeutet jedoch nicht, dass eine fortschrittliche sozialistische Bewegung sich dieses Prinzipes entsagen darf, das im Grunde genommen doch vorherrschend ist.

In diesem Licht müssen wir auch die Wesensmerkmale des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln betrachten. In der stalinistischen Theorie überwiegt die Auffassung, dass das Staats- und Gesellschaftseigentum in einem sozialistischen Lande identische Begriffe sind. Diese Theorie entspricht den bürokratischen Auffassungen der Rolle des Staates.

Das Produkt einer Fabrik, die Eigentum der Gesellschaft ist, kann man im Sozialismus nicht als staatliches Eigentum behandeln, dh. als Eigentum das von Organen verwaltet wird, die ausserhalb des unmittelbaren Einflusses des Arbeiters, Produzenten der an der Produktion teilgenommen hat, stehen. Es stellt die Einheit des Widerspruchsverhältnisses zwischen kollektivgesellschaftlichem Eigentum und dem individuellen Eigentum des Produzenten dar. Die Trennung dieser zwei Elemente voneinander würde bedeuten entweder den Arbeiter zum Sklaven eines staatskapitalistischen Systems zu machen oder das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen. Eine friedliche und fortschrittliche Lösung dieser Widersprüche ist nur unter der Voraussetzung möglich, dass erstens das Arbeitskollektiv selbst die Verwaltung auf Grund des auf demokratischem Wege angenommenen Wirtschaftsplanes der eine ausgeglichene Entwicklung der Wirtschaft sichern soll, übernimmt und zweitens, dass es im

Rahmen der Kommune und durch letztere auch in den höheren Organen direkten Einfluss auf die Hauptverteilung des Arbeitsüberschusses ausübt. Der Begriff des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln beinhaltet demnach die unbedingte Notwendigkeit einer materiellen und Aktions Unabhängigkeit und damit auch verbunden ein Stabilität der gesellschaftsökonomischen Basis. Die gemeinschaftlichen Gesellschaftsinteressen verlangen natürlich auch entsprechende höhere Organe und besondere Fonds sowie auch eine Reihe zentralisierter Funktionen, deren Rechte und Befugnis sich jedoch der Bewegung der sozialistischen Interessen der gesellschaftlichen Basis anpassen müssen.

Das Staatseigentum im engeren Sinne des Wortes, an Objekten die nicht zu den Produktionsmitteln gerechnet werden können, ist jedoch etwas anderes.

Es ist verständlich, dass es nicht nur theoretische Schlussfolgerungen sind, die uns in diese Richtung wiesen, und ich spreche darüber nicht wegen den theoretischen Aspekten dieser Fragen. Unsere ganze Praxis gibt Aufschluss darüber, dass die ungenügende Stabilität der materiellen und rechtlichen Lage unserer wesentlichen Gesellschaftsfaktoren, des an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln einzelnen arbeitenden Menschen, der Unternehmen und Kommunen, resp. Bezirken, die Quelle verschiedener Prozesse sind die nicht nur politischen Schaden verursachen, sondern oft auch direkt die Entwicklung der Produktivkräfte unseres Landes hemmen, und die Arbeitsinitiative des einzelnen herabsetzen. Im Grunde genommen hat sich die ganze während dieser Tage durchgeführte Diskussion hier in der Volksversammlung vor allem um die Folgen dieser unserer hauptsächlichsten Schwächen gedreht.

Es scheint mir, dass die Probleme und Aufgaben, die aus diesen Tatsachen hervorgehen, das wichtigste seien worüber, neben weiteren Anstrengungen zur Ausgleichung der wesentlichen materiellen Disproportionen, wir bei der Festsetzung unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik Rechnung tragen sollten.

Sicherlich haben wir in dieser Beziehung mehr getan, als irgendein anderes Land, das sich auf dem Wege des Sozialismus befindet; jedoch erst dann, als wir etwas in der Praxis ausführten, hat es sich tatsächlich gezeigt wie bedeutungsvoll dieses Problem sei und wie viel man noch tun müsse, um solche stabile Verhältnisse in der Basis herzustellen die die

materiell und politisch interessierten Menschen selbst und nicht die administrative Staatsmacht, zu verteidigen imstande seien, dies wollen und können. Demnach war und bleibt erst recht heute unsere wichtigste Aufgabe die Konsolidierung des Status jener wesentlichen Gesellschaftsfaktoren über die ich gesprochen habe; durch die Aktivität aller bewussten sozialistischen Faktoren werden dann aus dieser Basis heraus selbstständige sozialistische Kräfte und Formen sich entfalten und emporwachsen, die den fortschrittlichen Bestrebungen der Gesellschaft entsprechen werden und allmählich und im Einklang mit der Entfaltung der materiellen Basis und den sozialistischen Verhältnissen die Elemente des Alten aus unserem gesellschaftspolitischen Mechanismus verstossen; dh. sowohl die bürgerlich rechtlichen, als auch die bürokratischen die unvermeidlicher Weise noch in unserem System bestehen. Für diesen Weg müssen wir nicht allein unseretwegen zähe kämpfen, sondern wegen des Sozialismus im allgemeinen. Die auf diesem Wege erzielten Erfolge werden unser Beitrag sein zur Lösung der Uebergangskrise, in der sich der internationale Sozialismus befindet. Er befindet sich jedoch nicht darum in dieser Krise weil er unfähig ist sich zu erhalten, oder weil ihn die Gesellschaftskräfte zurückziehen, sonder weil er reif ist vorwärtszugehen aber auf Hindernisse gestossen ist, die sein Weitergehen hemmen.

Wir massen uns kein ideologisches Monopol an, wie man es uns in letzter Zeit von verschiedenen Seiten vorwirft, aber wir sind uns dessen bewusst, dass unsere sozialistische Praxis und unsere Bemühungen die sozialistischen Verhältnisse und den sozialistischen Demokratismus weiter zu entwickeln ein realer Beitrag sein können um den internationalen Sozialismus zu stärken.